

Stand: 21.04.2024 10:33:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/493

"Für eine flächendeckende und zuverlässigere Versorgung mit Telefon und schnellem Internet!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/493 vom 21.02.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 22.02.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1521 des WI vom 29.02.2024



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Für eine flächendeckende und zuverlässigere Versorgung mit Telefon und schnellem Internet!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin für eine flächendeckende, leistungsfähige und zuverlässigere Versorgung der Menschen in Bayern mit Telefon und Internet einzusetzen. Insbesondere ist hinzuwirken auf

- eine Anhebung der Mindestversorgungsrate gem. § 2 Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung (TKMV) von 10 Mbit/s auf 30 Mbit/s,
- strengere Vorgaben für die Störungsbeseitigung gem. § 58 Telekommunikationsgesetz (TKG), insbesondere im Hinblick auf die Höhe der gesetzlichen Ausfallentschädigung,
- ein schnelleres und effektiveres Verfahren für die Feststellung und Beseitigung von Unterversorgung gem. § 161 TKG,
- eine spürbare Verbesserung der Mobilfunkversorgung, insbesondere im ländlichen Raum.

### **Begründung:**

Bayern investiert massiv in den Ausbau von Glasfaser und Mobilfunk. Die Hauptverantwortung liegt jedoch beim Bund, der seiner Aufgabe nur unzureichend nachkommt.

So hat die Bundesregierung den Ländern eine Anhebung der Mindestbandbreite von 10 Mbit/s auf 15 Mbit/s bis Mitte 2023 in Aussicht gestellt. Allerdings gibt es bisher keinerlei Fortschritt. Bayern hatte bereits im Zuge des Bundesratsverfahrens zur TKMV eine Mindestversorgungsrate von 30 Mbit/s gefordert.

Darüber hinaus erreichten die Bundesnetzagentur (BNetzA) von Januar bis Oktober 2023 knapp 2 300 Meldungen über eine Unterversorgung mit Telekommunikationsdiensten, davon fast 600 aus Bayern – mehr als aus jedem anderen Bundesland. Mit der Bearbeitung kommt die BNetzA jedoch nicht hinterher: Weit über 1 000 Verfahren waren im November 2023 in Bearbeitung, davon fast 300 aus Bayern. Selbst in den wenigen Fällen, in denen eine Unterversorgung festgestellt wurde, hat die BNetzA bisher keine weiteren Schritte für eine Verpflichtung der Anbieter zur Herstellung eines Anschlusses unternommen. Notwendig ist daher ein schnelleres und effektiveres Verfahren zur Durchsetzung des Versorgungsanspruchs.

Daneben lässt auch bei bestehenden Anschlüssen die Zuverlässigkeit der Versorgung zu wünschen übrig. Nach dem starken Schneefall Anfang Dezember 2023 in Südbayern, welcher auch Telefonleitungen beschädigt hatte, mussten zahlreiche Haushalte teils wochenlang ohne Telefon- und Internetanschluss auskommen. Dies legt offen, dass die gesetzlichen Anreize zur schnellen Störungsbeseitigung für die Anbieter von Telekommunikationsdiensten unzureichend sind. Auch hier gilt es nachzubessern.

Auch die Mobilfunkversorgung insbesondere im ländlichen Raum ist verbesserungswürdig. Dank einer bayerischen Bundesratsinitiative wurden bereits 2021 die Regelungen für die Frequenzvergabe an die Mobilfunkunternehmen angepasst, sodass neben dem Auktionsmechanismus nun anderweitige Vergabeverfahren zulässig sind. Das ist eine wichtige Weichenstellung für bessere Netze. Die BNetzA muss nun im Rahmen der Bereitstellung der Mobilfunkfrequenzen ab 2025 für eine bessere Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum durch strenge Versorgungsaufgaben sorgen.

Geld umgehen können. Gott sei Dank sind Sie in Bayern nicht in Regierungsverantwortung, weil Sie es hier auch noch zum Fenster rausschmeißen würden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zur Beantwortung, bitte schön.

**Laura Weber (GRÜNE):** Ich habe gesagt: Das kann Bayern doch nicht wurscht sein. Richtig, ich habe das gesagt. Es geht darum, gemäß dem Vorsorgeprinzip zu agieren, alle Möglichkeiten vorsorgend und präventiv einzubeziehen und auch dementsprechend zu handeln. Darum geht es.

Ich bitte, dieses grundsätzliche Diffamieren, das auch Frau Kollegin Behr gemacht hat, zu untersagen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich jetzt zur Abstimmung komme, darf ich noch die weiteren Vizepräsidenten aus Nordrhein-Westfalen begrüßen. Das sind die Kollegen Rainer Schmelzter und Christof Rasche. Herzlich willkommen auch an dieser Stelle!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 19/492 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen! – Enthaltung! – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/493 mit 19/496 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils federführenden Ausschüsse verwiesen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich bedanke mich und wünsche einen schönen Tag. Die Besuchergruppe hat leider Pech gehabt.

(Schluss: 14:03 Uhr)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 19/493

**Für eine flächendeckende und zuverlässigere Versorgung mit Telefon und schnellem Internet!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Tobias Beck**  
Mitberichterstatter: **Johannes Meier**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 29. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Enthaltung
  - SPD: EnthaltungZustimmung empfohlen.

**Stephanie Schuhknecht**  
Vorsitzende